

IMPULSE FÜR DEN WOHNUNGSBAU IN **BAYERN**



Forderungen an die Politik 2018

- + Mobilisierung von Bauland
- + Schaffung von kostengünstigem Wohnraum
- + Investitionsanreize für Neubau und Modernisierung

70.000 Fertigstellungen pro Jahr?



Inhalt

Ausgangslage	...4
Lösungsansätze	
Bauland mobilisieren	...8
Steuerliche Anreize schaffen	...10
Genehmigungen beschleunigen	...11
Kosten eindämmen	...12
Anbindung verbessern	...17
Nachhaltigkeit fördern	...18
Träger der Aktion	...20

Ausgangslage



Zuwanderung, Wohnungsknappheit, steigende Mieten und explodierende Grundstückspreise in Ballungsräumen, aber nicht nur dort, erfordern verstärkten Neubau.

Sowohl in der Quantität als auch in der Preisstruktur bleibt der Wohnungsneubau weit hinter den Anforderungen zurück. Es werden zu wenige und – gemessen an der Kaufkraft von Normalverdienern - zu teure Wohnungen gebaut.

Mit dem „Werkzeugkasten für mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern“ bekundet die neue bayerische Staatsregierung, dass sie den Mangel an bezahlbarem Wohnraum als prioritäres Problem wahrnimmt und mit einer Vielzahl an Instrumenten Abhilfe schaffen will. Diese Absicht ist grundsätzlich zu begrüßen, da eine Reihe von Maßnahmen enthalten ist, die seitens des Aktionsbündnisses „Impulse für den Wohnungsbau in Bayern“ seit vielen Jahren gefordert werden. So will der Freistaat über die neu gegründete Wohnbaugesellschaft BayernHeim selbst kostengünstigen Wohnraum schaffen, aber auch die finanziellen Förderprogramme für private und kommunale Investitionen stärken, teilweise mit dem Ziel, die Flächeninanspruchnahme durch Aufwertung der Ortskerne und Flächenentsiegelungen zu mindern. Die Bindungsfrist von Sozialwohnungen soll deutlich verlängert werden. Die Absenkung von Standards, etwa bei den Anforderungen an den Wärmeschutz, die Stellplätze, die Bebauungsdichte oder an technische Normen, soll das Bauen kostengünstiger und effektiver machen.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wie auch auf dem Wohngipfel vom 21. September 2018 wurde das Thema Wohnungsbau mit Absichtserklärungen konkretisiert. Schwerpunkte sind finanzielle Anreize in der Steuerpolitik, aber auch die Bereitstellung von Liegenschaften des Bundes sowie die Überprüfung von bauordnungsrechtlichen Vorschriften und Normen.

Mit dem vorliegenden Forderungskatalog an die neue Landesregierung in Bayern möchte das Aktionsbündnis nochmals die drängendsten Defizite aufgreifen und sinnvolle Lösungsansätze präsentieren, nicht zuletzt um den politischen Bekundungen einen weiteren nachdrücklichen Anstoß für eine rasche Umsetzung in Bayern zu geben.

Seit vielen Jahren hinkt der Wohnungsneubau dem tatsächlichen Bedarf hinterher...



Seit 2010 nimmt die Anzahl der genehmigten und fertiggestellten Wohneinheiten kontinuierlich zu. Vom Tiefstand mit rund 27.500 fertiggestellten Wohnungen im Jahre 2009 verdoppelte sich die Zahl bis 2017 beinahe auf rund 53.500. Allerdings fehlen zum jährlich veranschlagten Neubaubedarf von 70.000 Einheiten immer noch rund 30 % bei den Fertigstellungen. Selbst die Baugenehmigungen, die die Fertigstellungen übersteigen, erreichen noch nicht das Ziel.

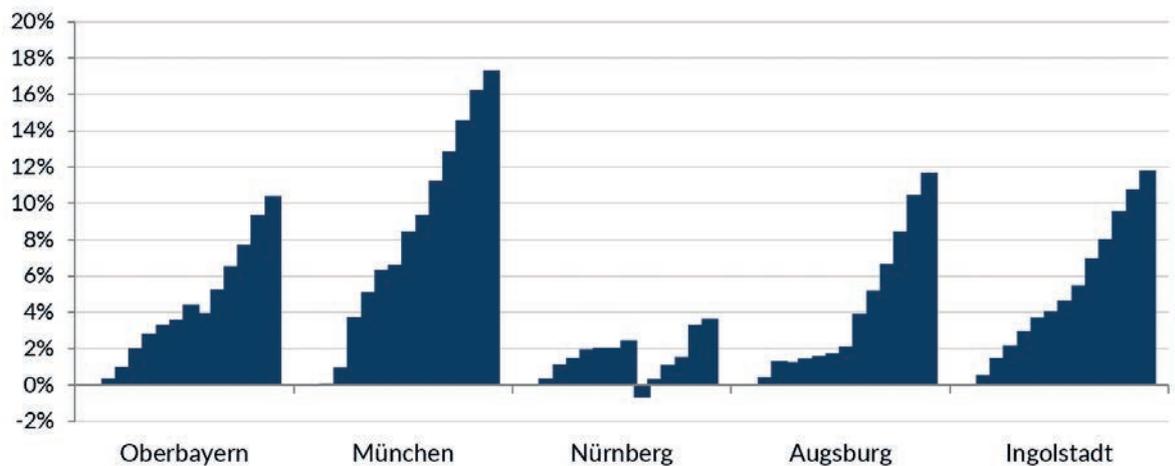


Anzahl genehmigter und fertiggestellter Wohnungen in Bayern, Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

... und das bei stark zunehmender Bevölkerung in den Ballungsräumen ...



Nahezu in ganz Bayern ist der Wohnungsmarkt angespannt, in Teilen sehr angespannt. Allein die Stadt München verzeichnete zwischen 2011 und 2015 eine Zunahme der Haushalte um rund 52.000 Einheiten, während der Wohnungsbestand nur um 22.000 Wohnungen zugenommen hat. Die Lücke von etwa 30.000 Wohnungen entspricht nach einer PESTEL-Studie von 2017, gemessen am Wohnungsbestand 2015, einem Anteil von fast 4 %.

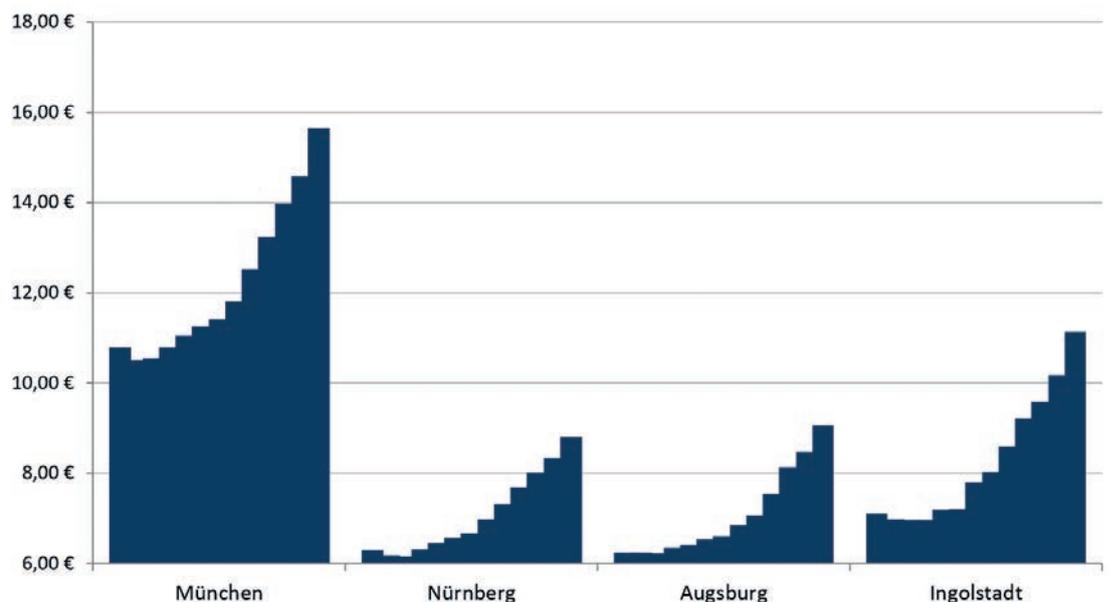


Indizierte Entwicklung der Einwohnerzahlen zwischen 2003 - 2016, Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

... was insbesondere in den Ballungsräumen zu stark steigenden Mieten führt

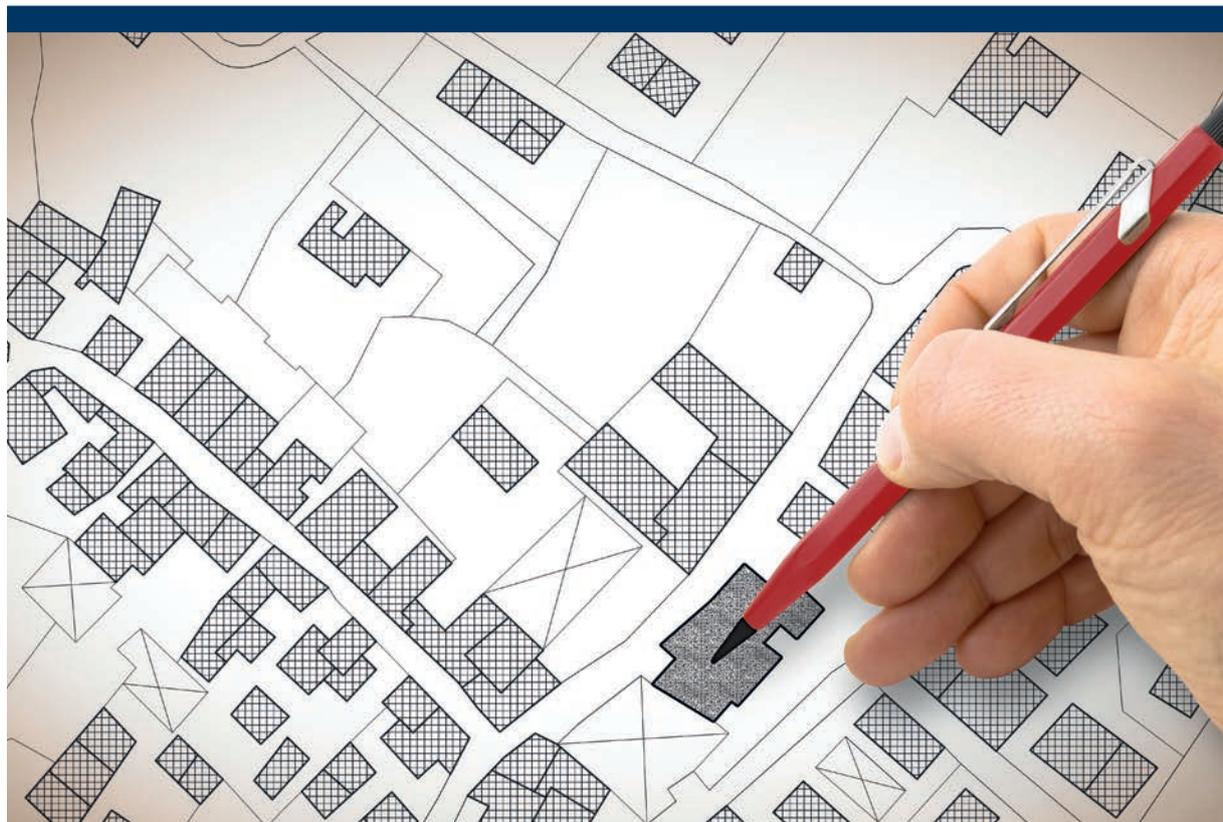


Die Wohnraumverknappung wird deutlich bei den stark ansteigenden Angebotsmieten für Erst- und Wiedervermietungen in den bayerischen Großstädten. Die Steigerungen lagen in den letzten 12 Jahren zwischen 40 und 57 %.



Angebotsmieten netto kalt in Euro je m² zwischen 2004 - 2016 (Erst- und Wiedervermietungen), Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, IDN ImmoDaten GmbH

Bauland mobilisieren



Fehlendes Bauland und explodierende Grundstückspreise bilden den Flaschenhals und sind das wichtigste Hindernis für einen beschleunigten, dringend erforderlichen Wohnungsneubau.

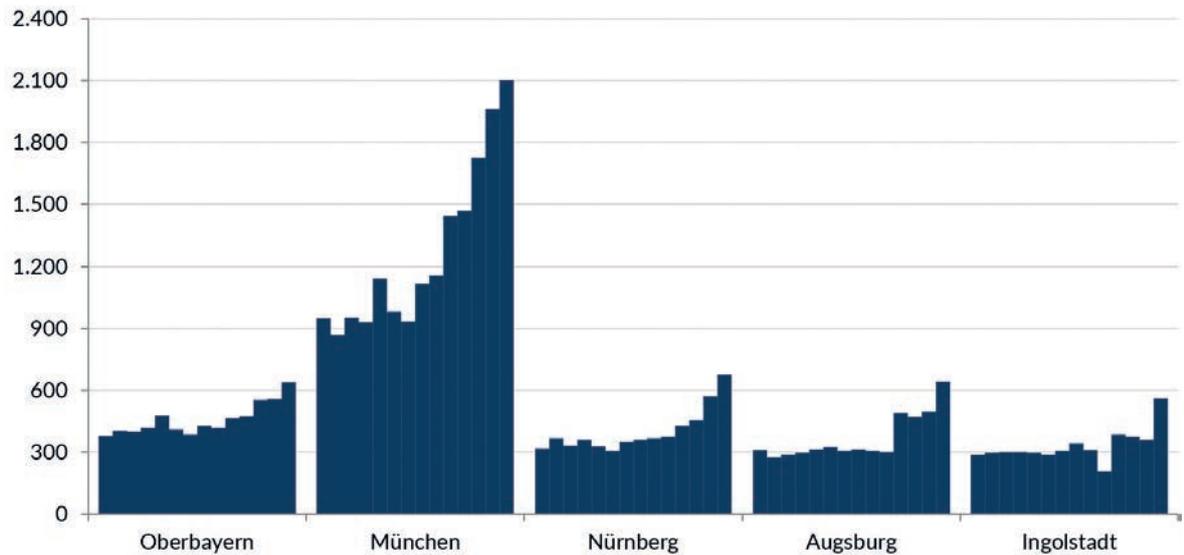
In Bayerns Ballungsräumen, aber nicht nur dort, gibt es seit den 2010er Jahren Zuwanderungsüberschüsse und in der Folge Bevölkerungszuwächse.

Da in den meisten Städten die Neubautätigkeit längere Zeit unterhalb des notwendigen Bedarfs lag, sind die Kommunen für diesen Nachfragedruck nicht gerüstet.

Langjährige baupolitische Inaktivität und vor allem fehlende Baugrundstücke behindern den notwendigen Kraftakt im Wohnungsneubau. Der Mangel an Bauland führt zum Anstieg der Grundstückspreise und erschwert die Erstellung bezahlbarer Neubauwohnungen.

Preisanstieg in Ballungsräumen bis über 100 %!

So stiegen die durchschnittlichen Preise für baureifen Grund und Boden in den Ballungsräumen München, Augsburg und Nürnberg in den Jahren 2010 bis 2016 um rund 90 bis über 100 %. Der Preisanstieg über alle Baugrundstücke in Oberbayern lag im gleichen Zeitraum bei rund 50 %. Für bezahlbaren Mietwohnungsbau mit Mieten unter 8 Euro/m² Wohnraum darf der Kaufpreis für das Grundstück 300 Euro/m² nicht überschreiten.



Entwicklung der Baulandpreise in Euro/m² von 2003 - 2016, Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- sich für die Erstellung von Baulandkatastern über bebaubare öffentliche Grundstücke durch die Gemeinden einzusetzen
- die Bereitstellung brachliegender oder geringwertig genutzter Grundstücke der öffentlichen Hand zum Neubau
- die Nutzung von Grundstücken der öffentlichen Hand für eigenen Wohnungsbau oder Vergabe verstärkt in Erbpacht
- die Umwidmung von landwirtschaftlich genutzten Flächen durch steuerlich begünstigte Reinvestitionsmöglichkeiten der Erlöse in den Mietwohnungsbau
- die Erarbeitung eines liegenschaftspolitischen Konzepts
- den Aufbau eines Bodenfonds mit Schaffung von Rahmenbedingungen, um den vorausschauenden staatlichen oder kommunalen Vermögensaufbau zu ermöglichen

Steuerliche Anreize schaffen

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung, der Werkzeugkasten für mehr bezahlbaren Wohnraum der Bayerischen Staatsregierung und zuletzt die gemeinsame Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen im Rahmen des Wohngipfels sehen zahlreiche steuerpolitische Impulse für den Wohnungsbau in Bayern vor.

Bei allen geplanten steuerpolitischen Maßnahmen fordern wir eine zügige, nachhaltige und bürokratiearme Umsetzung, um eine möglichst große Breitenwirkung zu erzielen.



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- sich für die schnelle Einführung der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung beschlossenen temporären Sonderabschreibung für den bezahlbaren Mietwohnungsbau einzusetzen. Bei temporären Sonderabschreibungen ist sicherzustellen, dass diese Entlastung der Bau- und Finanzierungskosten auch beim Endverbraucher ankommt. Denn das ist das Ziel der staatlichen Lenkungsmaßnahmen. Mitnahmeeffekte sind zu minimieren, bei jeder steuerlichen Begünstigung ist zu prüfen, inwieweit hierdurch Zusagen an Mietpreisgestaltungen und Vergabe an ansonsten benachteiligte Personengruppen möglich sind
- vor allem langfristig verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen für private Investoren, die über einen 5-Jahreszeitraum für Sonderabschreibungen hinausgehen
- sich im Bundesrat für eine Erhöhung der Normalabschreibung von 2 auf 3 % einzusetzen. Im Hinblick auf den steigenden Anteil der Anlagentechnik an den Baukosten liegt die gemittelte Nutzungsdauer von Immobilien nur noch bei rund 35 Jahren, anstelle von 50 Jahren
- die Prüfung und Umsetzung eines Grunderwerbssteuerfreibetrages beim Erwerb einer Immobilie für Privatpersonen
- die Verlängerung des Kommunalen Wohnraumförderungsprogrammes in Bayern



Genehmigungen beschleunigen



Jahrelang wurde am Personal gespart. Um auf die steigende Bautätigkeit reagieren zu können, fehlen jetzt die notwendigen Fachkräfte in den Genehmigungsbehörden. Als Folge davon bleibt viel liegen. So kann es leicht passieren, dass die Bearbeitung einer Baugenehmigung in bayerischen Ballungsgebieten bis zu drei Jahre dauert.

Noch extremer wird es bei Berücksichtigung der Zeiten, die notwendig sind, um aus Bauerwartungsland baureife Grundstücke zu machen.

Bis zu 15 Jahre vom Rohbauland bis zur Baugenehmigung!

Die Landeshauptstadt München hat in einer Untersuchung herausgearbeitet, dass 456 Arbeitsschritte in einem Bebauungsplanverfahren zu bearbeiten sind und 74 % der gesamten Verfahrensdauer auf Arbeitsschritte mit Schnittstellen fallen. Berücksichtigt man hierbei noch die erforderlichen Bürgerbeteiligungen, wird es nachvollziehbar, dass auch diese Verfahren mehrere Jahre dauern.

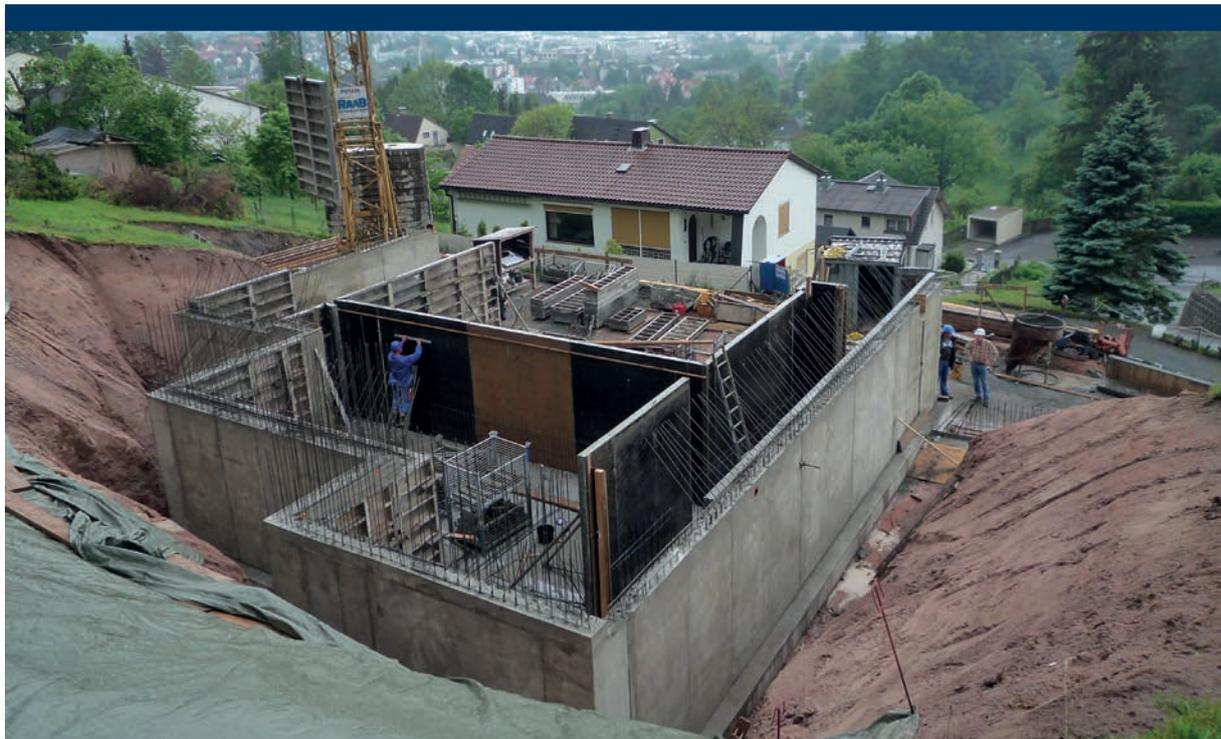
Am Ende sind es regelmäßig 5 bis 15 Jahre, die vergehen, bis aus Rohbauland baureifes Land mit einer Baugenehmigung für ein Projekt wird.



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- die Unterstützung und Förderung der Kommunen und Städte bei der Aufstockung von Fachpersonal in den Genehmigungsbehörden
- die konsequente Einhaltung der in der bayerischen Bauordnung gegebenen Fristen und Zeiten für Genehmigungsverfahren und Beteiligungen von Bürgern und Fachstellen
- die Einführung von Fristen für vorgeschaltete Verfahren, wie beispielsweise Gestaltungsgremien
- die Einhaltung des Verbots, bereits bearbeitete und abgewogene Sachverhalte erneut zu behandeln
- die Standardisierung von Arbeitsabläufen im Amt (Projekthandbuch), um die Zusammenarbeit an Schnittstellen zu verbessern

Kosten eindämmen



Verdopplung der Entsorgungskosten für mineralische Bauabfälle

Der Umgang mit Bauabfällen und Bodenaushub ist zu einem Baukostentreiber ersten Ranges geworden und ökologisch unsinnig. Die Verwertung und der Wiedereinbau werden durch neue staatliche Gesetze und Verordnungen immer schwieriger und teurer. Außerdem hat der bürokratische Aufwand ein Ausmaß erreicht, das für die Bauwirtschaft nicht mehr akzeptabel ist. In den vergangenen fünf Jahren haben sich die Entsorgungskosten vor allem für mineralische Bauabfälle, das sind Bodenaushub und Bauschutt, nahezu verdoppelt. Die steigenden Kosten für die Entsorgung treffen den Wohnungsbau stark.

**Bis zu 30.000 Euro
Entsorgungskosten für
ein Einfamilienhaus!**

Allein den Bodenaushub für ein durchschnittliches Einfamilienhaus zu entsorgen, kostet mittlerweile in vielen bayerischen Regionen über 20.000 Euro, teilweise auch 30.000 Euro. Ein Rechenbeispiel: Bei einer drei Meter tiefen Baugrube mit einer Fläche von 15 mal 15 Metern fällt ein Aushub von 1.300

Tonnen an. 15 Euro Entsorgungskosten und 5 Euro Fracht je Tonne ergeben einschließlich Mehrwertsteuer 23,80 Euro je Tonne und somit insgesamt 30.940 Euro.

Und das sind die Gründe:

Immer mehr Bodenaushub wird auf Deponien entsorgt, statt ihn in technischen Bauwerken oder zur Verfüllung von Gewinnungsstätten wiederzuverwenden.

Gleichzeitig wird Deponieraum in Bayern immer knapper. Bereits jetzt werden jedes Jahr mehrere hunderttausend Tonnen Bodenaushub und Bauschutt nach Thüringen, Baden-Württemberg, Tschechien und Österreich gefahren. Entsorgungswege von 30 bis 100 Kilometern sind fast schon die Regel geworden.



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- die Verfüllungsmöglichkeiten für Böden und Bauschutt in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Bayerischen Landtags vom 18. Mai 2015 und der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder vom 8./9. Juni 2016 aufrecht zu erhalten
- einfache und einheitliche, an den Erfordernissen der Baupraxis orientierte Vollzugsregeln für die Verwertung von Böden und Bauschutt in Bayern
- die grundsätzliche Zulässigkeit einer Verlagerung von Bodenmaterial innerhalb des Gebietes in Regionen mit geogen oder anthropogen erhöhten Schadstoffgehalten in Böden
- den Erhalt und Ausbau von Bauschuttdeponien als notwendige Schadstoffsenke überall in Bayern



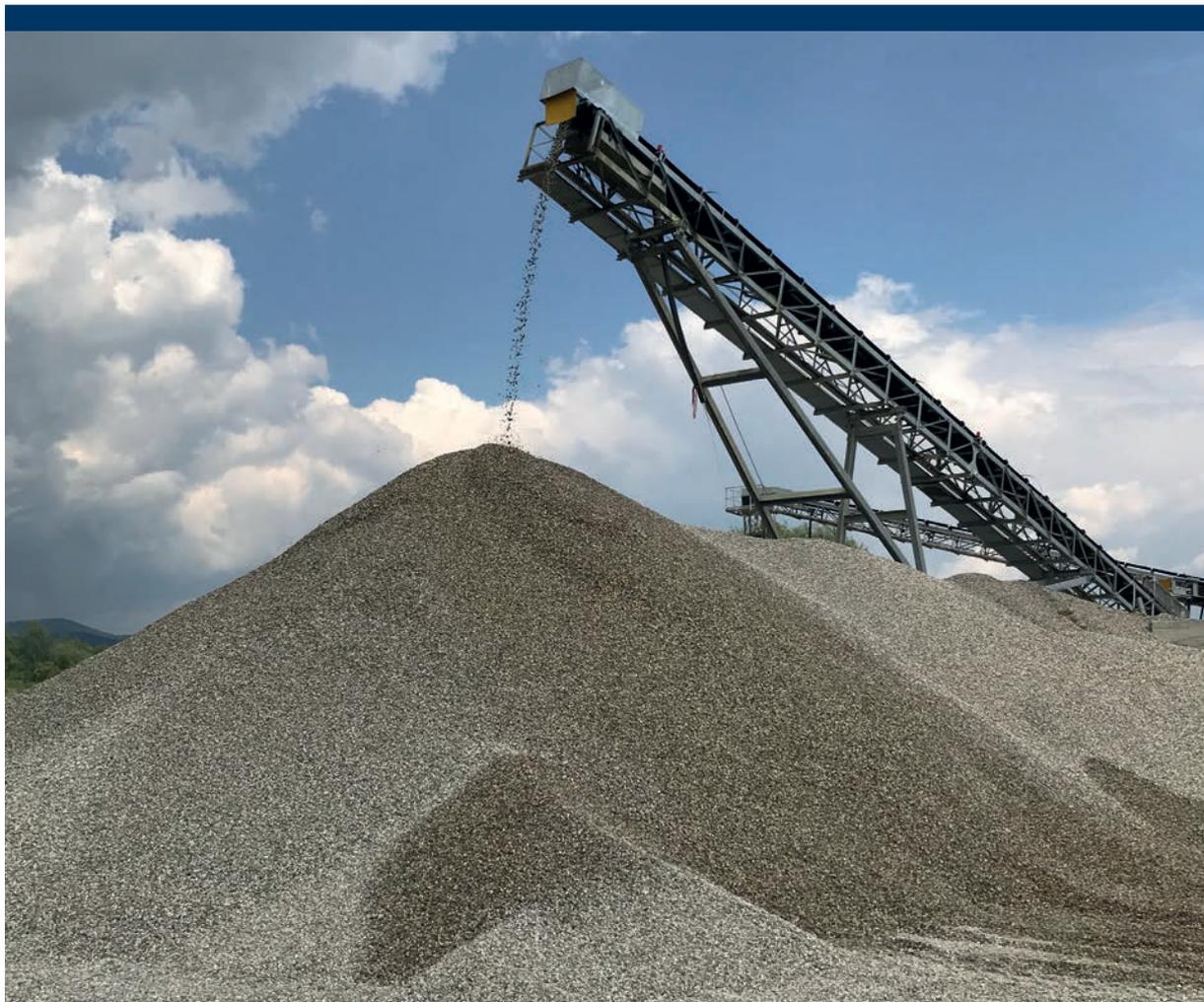
Künstliche Verknappung bei der Rohstoffversorgung

Die heimische Rohstoffgewinnung ist die Grundvoraussetzung dafür, die vielfältigen Bauaufgaben jetzt und in Zukunft mit ortsnah produzierten Baustoffen zu bewältigen. In Bayern werden jährlich rund 120 Mio. Tonnen Kiese, Sande, Schotter und weitere Baurohstoffe gewonnen, um die vorhandene Nachfrage aus der Bauwirtschaft u. a. für den Wohnungsbau zu decken. Die zunehmende Nutzungskonkurrenz bei der Flächen-

**120 Mio. Tonnen Kiese,
Sande, Schotter pro Jahr
für den Baubedarf!**

inanspruchnahme, hohe Auflagen bei den Genehmigungen und eine abnehmende öffentliche Akzeptanz von Rohstoffgewinnungsstätten führen bereits heute zu einer künstlichen Verknappung in manchen bayerischen Regionen. Die Folge sind Verteuerungen bei der Rohstoffbeschaffung so-

wie der Verwertung und der Entsorgung von Bodenaushub und damit verbundenen Kostensteigerungen für alle am Bau Beteiligten. Dabei finden es laut einer FORSA-Umfrage mehr als 80 % der bayerischen Bevölkerung wichtig oder sehr wichtig, dass für die Bauaufgaben heimische Rohstoffe verwendet werden. Heimische mineralische Rohstoffe sind natürlich und zu fast 90 % wiederverwertbar oder recyclingfähig.



85 Mio. t Sand und Kies

35 Mio. t Naturstein

7,2 Mio. t Ziegelrohstoffe

7 Mio. t Kalk und Zement

1,9 Mio. t Quarz und Quarzsand



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- Raumordnung und Landesplanung so zu gestalten, dass eine langfristige regionale Rohstoffsicherung auf allen Planungsebenen für einen Zeitraum von mindestens 25 bis 30 Jahren gesichert ist
- Erleichterungen bei Genehmigungsverfahren und Entbürokratisierung, insbesondere bei der Verfüllung von Gruben und Brüchen. Durch die Verfüllung von Trocken-, aber auch von Nassstandorten, können die Verwertungs- und Entsorgungskosten bei der Bauwirtschaft gesenkt werden. Gleichzeitig werden wertvolle Gewinnungsflächen einer sinnvollen Nachnutzung zugeführt
- Rahmenbedingungen, die den Erwerb von Grundstücken für die Rohstoffgewinnung erleichtern, beispielsweise durch die Schaffung eines Vorkaufsrechts in Vorranggebieten und steuerliche Erleichterungen beim Grunderwerb von Tauschgrundstücken
- ein Bekenntnis der Politik zur heimischen Rohstoffgewinnung als Fundament der vielfältigen Bauaufgaben, insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus

Technische Baubestimmungen und Normen

Die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen stellt in einer Studie von 2015 fest, dass zu den Kostentreibern im Wohnungsbau u. a. energetische Anforderungen, Auflagen sowie technische Baubestimmungen und Normen gehören.

Deutschland setzt im kommenden Gebäudeenergiegesetz (GEG) die neue EU-Gebäude-Richtlinie vom 9. Juli 2018 um und führt die Vorschriften der EnEV, des Energieeinspargesetzes und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes zusammen. Es ist zu begrüßen, dass keine weiteren Verschärfungen der energetischen Anforderungen im neuen Gebäudeenergiegesetz enthalten sein sollen.

Laut Koalitionsvertrag sollen außerdem zukünftig Maßnahmen vermieden werden, die die Schaffung von Wohnraum verteuern. Dazu müssen beispielsweise Normen auf ihren Nutzen überprüft und auf ihren erforderlichen Umfang reduziert werden. Die Teilnehmer des Wohngipfels haben vereinbart, eine zentrale, unabhängige Stelle zu schaffen, die die Kostenrelevanz von neuen Standards und Normen bewertet. In diesem Zusammenhang sei auf den Entwurf einer Norm zur Auslegung von Gebäuden gegen Erdbeben verwiesen, der nach Schätzungen des PESTEL-Instituts aufgrund der Neubewertung des Erdbebenrisikos zu Mehrkosten von 30.000 Euro bei kleineren Mehrfamilienhäusern führen würden.



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- sich für die Abschwächung der Stellplatzverordnungen in den Ballungsräumen einzusetzen. Das Land kann beispielsweise Fördermitteln mit einer Bedarfsanalyse für Stellplätze verknüpfen
- eine frühe und paritätische Beteiligung aller relevanten Interessengruppen im Normungsprozess zu ermöglichen. Der staatliche Regelsetzer muss in den Normenausschüssen selbst mitwirken, um die entsprechende Überprüfung der Folgekosten von neuen Regelungen mitsteuern und mitverantworten zu können. Dies kann nur durch eine aktive Einflussnahme geschehen. Auch die Bauwirtschaft ist aufgefordert, sich im Normungsprozess entsprechend zu beteiligen
- die gesamte Normungsarbeit wieder stärker an der bewährten Praxis zu orientieren. Weder neue gesetzliche Regelungen oder Novellierungen noch nachgesetzlich in Bezug genommene Normen dürfen zukünftig ohne den Nachweis der Wirtschaftlichkeit durch eine Folgekosteneinschätzung verabschiedet werden

Anbindung verbessern



Der Ausbau der Infrastruktur (z.B. Verkehrswege und Internet) und die Förderung der Ansiedlung von Unternehmen außerhalb der Ballungsräume stärken den ländlichen Raum und senken den Nachfragedruck in den Ballungsräumen.

Mobilität und Wohnen hängen eng zusammen. Eine gute Verkehrsinfrastruktur und ein leistungsfähiges Mobilitätssystem erhöhen die Attraktivität eines Wohnorts. Ein gut funktionierendes Mobilitätssystem kann aber auch einen Beitrag zur Entspannung städtischer Wohnmärkte leisten: Denn wenn durch eine leistungsfähigere Verkehrsinfrastruktur, durch ein besseres Nahverkehrssystem sowie ergänzende digitale Hilfsmittel die gegenseitige Erreichbarkeit von Wohnorten und Arbeitsplätzen erhöht wird, trägt dies zur Entspannung des städtischen Wohnungsmarktes bei. Zugleich wird so die Wahlmöglichkeit für Städter und Bewohner der ländlichen Räume erhöht – ein Gewinn an Freiheit. Wer seinen Arbeitsplatz in der Stadt hat, aber lieber im ländlichen Raum wohnen will, kann das ebenso beibehalten wie der Städter, der in den ländlichen Raum pendelt. Da Kosten für die Errichtung von Stellplätzen Bau- und Mietkosten erhöhen, ist – wo möglich – insbesondere die Infrastruktur für Verkehrsmitteln zu stärken, die den Verzicht auf ein Auto erleichtern.



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- den Ausbau des Verkehrswegenetzes im Umkreis der großen Ballungsräume und in die großen Städte hinein, möglichst als Kombination von Straße und Schiene mit einer Optimierung der Schnittstellen (z. B. Pendlerparkplätze für Umstieg auf S-Bahn außerhalb der Städte)
- im städtischen Bereich den Schwerpunkt der Förderung insbesondere auf den Ausbau des ÖPNV sowie des Radwegenetzes zu legen
- die zügige Umsetzung des schnellen Internets im ländlichen Raum zur Reduzierung von Standortnachteilen für sich dort ansiedelnde Unternehmen
- eine Erhöhung der Attraktivität des ländlichen Raumes zur Reduzierung der Landflucht und Entlastung der Ballungsräume

Nachhaltigkeit fördern



In Anbetracht der Debatten um Klimaschutz, Feinstaub, Flächenversiegelung ist es erstaunlich, dass man das Potenzial von urbanem Grün nicht in dem Maße ausnutzt, wie es heute schon technisch möglich wäre.

Intensiv begrünte Gebäude bieten die Möglichkeit, das Stadtklima entscheidend zu verbessern. Höhere Aufbauten auf Tiefgaragen oder begrünte Gebäude bieten Raum für Regenwasserrückhalt. Sie sind geeignet für das Anpflanzen von Großgehölzen und tragen somit zum Entstehen eines verbesserten Mikroklimas bei.

Die Biodiversität wird durch mehr urbanes Grün gesteigert. Regenretentionssysteme sowie stärkere Substrathorizonte führen nicht zwingend zu höheren Baukosten. Die Wohnungswirtschaft kann an dieser Stelle durch angepasste Baurechte entlastet werden. Durch einen entsprechenden Kurswechsel in der Gesetzgebung wird die Herausforderung des Siedlungsdrucks zu einer Chance für Mensch und Natur.

Unsere Städte werden sich durch Intensivbegrünung zu naturnahen Räumen entwickeln. Der Wohnwert, die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen werden somit signifikant aufgewertet. Neuartig begrünte Grundstücke und Gebäude werden somit langfristig in ihrem Wert stärker wachsen, als konventioneller Wohnraum.



Wir fordern von der neuen Landesregierung

- eine Änderung der Rahmenbedingungen für Kompensationsflächen, sodass zukünftig auch eine Sanierung von Grünflächen, intensive Gebäudebegrünung mit Regenwasserrückhalt und eine entsprechend erforderliche Pflege als hinreichende Ausgleichsmaßnahme gewertet werden können. Dadurch können Kompensationen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen oder potentiell Bauland vermieden werden
- Förderprogramme auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als Steuerungselement für einen veränderten Städtebau und mehr Initiative für „Grün in die Stadt“
- ein zeitgerechtes Baurecht, das den Immobilienbesitzern echte Anreize bietet, den veränderten Lebensraum der Zukunft mit Stadtgrün kostenneutral für die Bauwirtschaft zu schaffen





Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Oberanger 32
80331 München
www.bauindustrie-bayern.de



Bayerischer Industrieverband Baustoffe,
Steine und Erden e.V.
Beethovenstraße 8
80336 München
www.biv.bayern



Bayerische Ingenieurekammer-Bau
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Schloßschmidstraße 3
80639 München
www.bayika.de



Bayerischer Ziegelindustrieverband e.V.
Beethovenstraße 8
80336 München
www.ziegel.com



BFW Landesverband Bayern e.V.
Nymphenburger Straße 17
80335 München
www.bfwbayern.de



Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V.
Am Weidendamm 1 A
10117 Berlin
www.bdb-bfh.de



Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und
Wohnungsbau e.V.
Kochstraße 6 - 7
10969 Berlin
www.dgfm.de



DMB Landesverband Bayern e.V.
Sonnenstraße 10
80331 München
www.mieterbund-landesverband-bayern.de



IG Bauen-Agrar-Umwelt
Region Franken
Kolpinggasse 16-18
90402 Nürnberg
www.igbau.de
Region Bayern
Schubertstraße 5
80336 München



InformationsZentrum Beton GmbH
Gerhard-Koch-Straße 2 + 4
73760 Ostfildern
www.beton.org



Kalksandsteinindustrie Bayern e.V.
Rückersdorfer Straße 18
90552 Röthenbach a.d. Pegnitz
www.ks-bayern.de



Landesverband Bayerischer Bauinnungen
Bavariaring 31
80336 München
www.lbb-bayern.de



Verband Garten-, Landschafts- und
Sportplatzbau Bayern e.V.
Lehárstraße 1
82166 Gräfelfing
www.galabau-bayern.de

Inhaltliche Koordination, Redaktion und Gestaltung:

Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV)
Beethovenstraße 8 | 80336 München

Bildnachweis:

Titel: istock © golero
Seite 2: istock © golero
Seite 4: istock © damircudic
Seite 5: istock © golero
Seite 6: istock © rclassenlayouts
Seite 7: istock © AntonioGuillem
Seite 8: istock © Francesco Scatena
Seite 10: istock © Filograph
Seite 12: © RAAB Baugesellschaft mbH & Co KG
Seite 14: istock © BIV
Seite 14/15: istock © Gladiathor
Seite 17: istock © NatureNow
Seite 18: © Optigrün International AG
Seite 19: © Optigrün International AG
Seite 23: istock © no_limit_pictures

Herausgeber:

Aktion Impulse für den Wohnungsbau in Bayern

Stand: Oktober 2018





Aktion Impulse für den Wohnungsbau in Bayern
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de/bayern